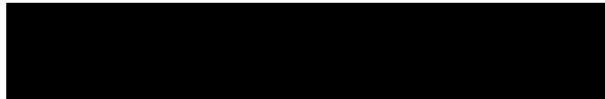


Die  
**Freie und Hansestadt Hamburg,**  
**Finanzbehörde, Amt 3 Vermögens- und Beteiligungsmanagement,**  
Gänsemarkt 36, 20345 Hamburg  
– nachfolgend „**Stadt**“ genannt –

und



- nachfolgend „**Auftragnehmerin**“ genannt -

schließen folgenden

## **Vertrag**

### **Präambel**

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) – Finanzbehörde Hamburg – als Auftraggeberin beabsichtigt den Abschluss eines Vertrages über die Beratungsleistungen zur Umsetzung der Hamburger Stadtwirtschaftsstrategie – Organisation und Durchführung organisationsübergreifender Leuchtturmprojekte sowie eines Tages der Stadtwirtschaft. Die Beratungsleistungen beinhalten auch die Erstellung und Durchführung eines begleitenden Kommunikationskonzepts.

Hamburgs öffentliche Unternehmen betreiben öffentliche Infrastrukturen, übernehmen Aufgaben der Daseinsvorsorge und erbringen Dienstleistungen in Bereichen wie z.B. Ver- und Entsorgung, ÖPNV, Kultur, Erholung, Wohnungsbau, Gesundheit, Wirtschaftsförderung – und vieles mehr. Die FHH hält aktuell an rund 80 Unternehmen unmittelbare Mehrheitsbeteiligungen. Diese „Hamburger Stadtwirtschaft“ – bestehend aus den öffentlichen Unternehmen und ihrer Gesellschafterin FHH – ist auf dem Weg, sich als Gemeinschaft zu etablieren. Die „Hamburger Stadtwirtschaftsstrategie“ dient hierbei als Kompass für zukünftiges Handeln und Grundlage für verstärkte Kooperation. Gemeinsame Vision ist es, die „Zukunftsstadt Hamburg“ zu gestalten – eine nachhaltige Metropole, in der allen ein gutes Leben möglich ist.

Auftragsgegenstand ist die Unterstützung des Teams des Projekts „Fortentwicklung des Beteiligungsmanagements der FHH“ („BeMaZ“) sowie des nach Abschluss des Projekts zuständigen Referats im Grundsatz- und Querschnittsaufgabenbereich des Beteiligungsmanagements – jeweils Organisationseinheiten in Amt 3 der Finanzbehörde – bei der Begleitung und Umsetzung der Strategie in den Bereichen Projekt-, Stakeholder- und Kommunikationsmanagement. Im Fokus liegen die Konzeption und Durchführung sogenannter Leuchtturmprojekte, die Konzeption und Organisation eines „Tages der Stadtwirtschaft“ sowie die kommunikative Begleitung auf Grundlage eines integrierten Kommunikationskonzepts. Übergreifendes Ziel ist es dabei, die Kooperation und den Austausch in der „Hamburger Stadtwirtschaft“ zu fördern und das „Wir-Gefühl“ innerhalb des „Konzerns FHH“ zu stärken.

Basis der Beauftragung ist ein von der Auftragnehmerin präsentiertes Angebot einschließlich Grobkonzept, Kostenkalkulation und Zeitplan. Dieses Angebot bzw. die Skizzen für die Leuchtturmprojekte waren zum Präsentationszeitpunkt nicht vollständig und werden im Rahmen der

Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Auftragnehmerin iterativ gemeinsam weiterentwickelt. Dadurch können die Leistungen während der Vertragslaufzeit noch präzisiert werden. Die Auftragsgegenstände im Einzelnen werden folgend erläutert.

## **§ 1 Gegenstand des Vertrages**

- (1) Die Auftragnehmerin übernimmt unter der Kurzbezeichnung

**Beratungsleistungen zur Umsetzung der Hamburger Stadtwirtschaftsstrategie – Organisation und Durchführung organisationsübergreifender Leuchtturmprojekte sowie eines Tages der Stadtwirtschaft**

die in der Leistungsbeschreibung vom 22. Dezember 2022 (Anlage 1) sowie im Angebot der Auftragnehmerin vom 12. Januar 2023 (Anlage 2) im Einzelnen beschriebenen Aufgaben.

## **§ 2 Vertragsgrundlagen**

Bestandteile dieses Vertrages sind die Leistungsbeschreibung der Stadt vom 22. Dezember 2022 (Anlage 1) sowie das Angebot der Auftragnehmerin vom 12. Januar 2023 (Anlage 2).

Im Übrigen liegen dem Vertrag, soweit nichts anderes vereinbart ist, die „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen“ (VOL/B) und die „Hamburgischen Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Lieferungen und Dienstleistungen“ (HmbZVB-VOL/B), ergänzend hierzu die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, hier im Zweifel insbesondere die des Werkvertrags- und des Dienstvertragsrechts, zugrunde.

## **§ 3 Allgemeine Pflichten der Auftragnehmerin**

- (1) Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, die im Angebot vom 12. Januar 2023 (Anlage 2) benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Leitung und Durchführung des Projektes einzusetzen. Im Falle von Krankheit oder Kündigung der benannten Mitarbeitenden kann die Auftragnehmerin andere Personen mit der Durchführung des Projektes betrauen. Ein Wechsel der im Angebot benannten Mitarbeitenden ist der Stadt vorher anzuzeigen und unterliegt deren Zustimmung. Die Stadt wird ihre Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern.
- (2) Die Auftragnehmerin wird ihre Tätigkeit im Rahmen des vereinbarten Leistungsumfangs und der gemeinsamen iterativen Auftragsentwicklung selbständig ausüben. Sie ist bei der Gestaltung dieser Tätigkeit vollkommen frei und nicht an Weisungen der Stadt gebunden. So bestimmt sie insbesondere ihren Tätigkeitsort, die Tätigkeitszeit und die Art und Weise der Tätigkeit eigenständig nach pflichtgemäßem Ermessen.
- (3) Die Vergabe von Unteraufträgen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Stadt. Die Verträge müssen Art und Umfang der vergebenen Leistungen genau bezeichnen. Die Pflichten der Auftragnehmerin aus diesem Vertrag gelten auch für Unterauftragnehmer und sind vertraglich zu regeln. Die Heranziehung Dritter lässt die Haftung der Auftragnehmerin unberührt. Die Auftragnehmerin ist insbesondere nicht auf ein Verschulden bei der Auswahl des Dritten beschränkt.

- (4) Es liegt kein Arbeitsvertrag im Sinne des § 611a BGB vor. Ein Arbeitsverhältnis wird durch diesen Vertrag weder begründet noch angestrebt.
- (5) Die von der Auftragnehmerin zu erbringenden Leistungen müssen in Art und Güte dem branchenüblichen Standard entsprechen. Die Auftragnehmerin hat den Auftrag nach den neuesten Erkenntnissen über Organisation, Wirtschaftlichkeit und Technik durchzuführen. Sie ist verantwortlich für die sachgerechte Vorgehensweise einschließlich der Auswahl von Methoden und Techniken sowie der Einhaltung aller nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz. Unbeschadet der Verpflichtung zur engen Zusammenarbeit mit der Stadt (§ 8 Absatz 1 dieses Vertrages) ist die Auftragnehmerin im Übrigen bei der Gestaltung ihrer Tätigkeit frei. Notwendige Überarbeitungen der Arbeitsergebnisse bei unveränderter Leistungsbeschreibung werden nicht zusätzlich vergütet. Ansonsten gilt § 12 Absatz 2 dieses Vertrages.
- (6) Zu der Tätigkeit gehören insbesondere Leistungen im Bereich des Projekt-, Kommunikations-, Veranstaltungs- und Stakeholdermanagements in folgenden Bereichen:
- I. **Leuchtturmprojekte:** Organisationsübergreifende Kooperation zur Umsetzung der Strategie (Personal, Mobilitätswende, Klimaschutz/Energiewende)

Aufgaben:

- a) Konzeptentwicklung (inkl. Zeitplan) für die Leuchtturmprojekte,
- b) Planung, Vorbereitung und Durchführung von 3 (soweit möglich vorrangig in Präsenz stattfindenden) Kick-Off-Veranstaltungen
- c) Für die Stadt optional einseitig abrufbar: Planung, Vorbereitung und Durchführung von bis zu 12 Folgeveranstaltungen im Nachgang zur jeweiligen Kick-Off-Veranstaltung mit Teilnehmenden aus öffentlichen Unternehmen, Verwaltung sowie ggf. weiteren Stakeholdern
- d) Vermittlung der Befähigung zur Durchführung zukünftiger Leuchtturmprojekte

- II. **Tag der Stadtwirtschaft:** Präsentations- und Dialogplattform für öffentliche Unternehmen und Stadtgesellschaft

Aufgaben:

- a) Konzeptentwicklung für einen jährlich stattfindenden „Tag der offenen Tür“ der Stadtwirtschaft als turnusmäßige Veranstaltung
- b) Planung, Vorbereitung und Unterstützung bei der Durchführung der ersten Veranstaltung eines „Tages der Stadtwirtschaft“ auf Grundlage dieses Konzepts

- III. Begleitende **Agentur- und Kommunikationsleistungen** während des vereinbarten Leistungszeitraums

Aufgaben:

- a) Konzeption eines integrierten Kommunikationskonzepts (z. B. auf Website, Social Media, Projektnewsletter, Öffentlichkeitsarbeit) für die Aktivitäten der Stadtwirtschaft (Leuchtturmprojekte, Tag der Stadtwirtschaft) im Rahmen des für 2023 ausgerufenen „Jahres der Stadtwirtschaft“ und Unterstützung des Projektes bei der Umsetzung

- b) Mediale Begleitung insbesondere des Tags der Stadtwirtschaft und digitale Öffentlichkeitsarbeit hierzu am Tag der Daseinsvorsorge Projektmanagement für die Bereiche Leuchtturmprojekte und Tag der Stadtwirtschaft in enger Abstimmung mit der Auftraggeberin
  - c) Dokumentation und Auswertung der Veranstaltungen (Leuchtturmprojekte, Tag der Stadtwirtschaft, Kommunikationskonzept)
- (7) Die Auftragnehmerin verarbeitet dabei personenbezogene oder personenbeziehbaren Daten für die Auftraggeberin im Sinne von Art. 4 Nr. 2 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)<sup>1</sup> auf Grundlage dieses Vertrages. Näheres regelt § 6 dieses Vertrages.

#### **§ 4** **Leistungstermin/Auftragserfüllung**

- (1) Die vertraglichen Leistungen sind ab dem

**05. März 2023**

im vereinbarten Leistungszeitraum von bis zu 15 Monaten zu erbringen.

Die Termine für die einzelnen Arbeitsphasen ergeben sich aus dem vereinbarten Zeitplan, der im Angebot der Auftragnehmerin dargestellt wird (Anlage 2). Änderungen bzw. Präzisierungen erfolgen in Absprache mit der Stadt und gelten nur, wenn sie von der Stadt schriftlich bestätigt worden sind.

Die Stadt ist nicht zum vollständigen Abruf der Beratungsleistungen zur Planung, Vorbereitung und Durchführung der Folgeveranstaltungen für die Leuchtturmprojekte (§ 3 Absatz 6.I.c) dieses Vertrages) verpflichtet. Die Stadt kann nach Durchführung der jeweiligen Kick-Off-Veranstaltung und nach Durchführung einer jeweiligen Folgeveranstaltung binnen eines Monats über den vollständigen oder teilweisen Abruf der Leistungen der Auftragnehmerin betreffend die jeweiligen Folgeveranstaltungen entscheiden.

Der Vertrag tritt mit Zuschlagserteilung am 30. Januar 2023 – unter Vorbehalt der schwebenden Unwirksamkeit gem. § 9 Absatz 3 dieses Vertrages i.V.m. § 10 Absatz 2 HmbTG – in Kraft.

- (2) Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, so hat der Auftragnehmer dieses unter Nennung der Gründe der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- (3) Die von der Auftragnehmerin im Rahmen des Auftrags für die Stadt gefertigten Unterlagen sind gemäß der in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) definierten Anforderungen vorzulegen.
- (4) Die Teilleistungen der Auftragnehmerin werden förmlich abgenommen. Die Stadt wird sich kurzfristig zur Abnahme der jeweiligen Arbeitsergebnisse äußern.

---

<sup>1</sup> Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung), Amtsbl. EU 2016. L 119.

## **§ 5 Vergütung**

- (1) Die Auftragnehmerin erhält für die nach Maßgabe dieses Vertrages zu erbringenden Leistungen eine Vergütung in Höhe von insgesamt maximal

**152.912,50 Euro**

**in Worten: hundertzweiundfünzigtausendneunhundertzwölf Euro und fünfzig Cent)**

zuzüglich gesetzlich geltender Umsatzsteuer.

- (2) Die Vergütung setzt sich aus den nachstehend aufgeschlüsselten Pauschalen für die jeweiligen Teilleistungen (§ 3 dieses Vertrages) zusammen, über die sämtliche Leistungen und Rechteübertragungen nach diesem Vertrag, einschließlich aller Nebenkosten und etwaiger Aufwendungen wie z. B. Telefon- und Faxgebühren, Porto-, Druck-, Material-, Übernachtungs- und Reisekosten, die in Erfüllung der Leistungspflichten nach diesem Vertrag anfallen, abgedeckt sind. Das Preisangebot ist hinsichtlich des Leistungsumfangs und der Vergütungshöhe verbindlich.

- (3) Die folgenden Vergütungskomponenten werden jeweils ein Monat nach vollständiger Abnahme der jeweiligen Teilleistungen durch die Stadt fällig:

1. Zahlung: für die Entwicklung der Konzepte für die Leuchtturmprojekte, für den Tag der Stadtwirtschaft und das integrierte Kommunikationskonzept:

[REDACTED]

2. Zahlung: für Planung, Vorbereitung und Durchführung der Kick-Off-Veranstaltungen für die Leuchtturmprojekte:

[REDACTED]

3. Zahlung: für Planung, Vorbereitung und Durchführung der ersten Veranstaltung eines Tages der Stadtwirtschaft:

[REDACTED]

- (4) Die Auftragnehmerin erhält für ihre allfälligen Leistungen betreffend die Planung, Vorbereitung und Durchführung von bis zu 12 Folgeveranstaltungen für die Leuchtturmprojekte (§ 3 Absatz 6.I.c) dieses Vertrages) falls und soweit von der Stadt abgerufen pro Folgeveranstaltung

[REDACTED] mithin insgesamt maximal [REDACTED]

Diese Vergütungskomponente betreffend die Folgeveranstaltungen wird zum Ende des Monats, in der eine oder mehrere Folgeveranstaltungen durchgeführt wurden, fällig.

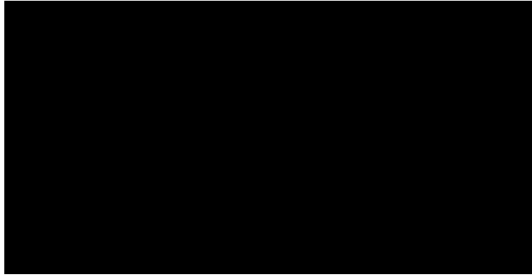
- (5) Die Auftragnehmerin erhält für die begleitenden Agentur- und Kommunikationsleistungen (§ 3 Absatz 6.III. dieses Vertrages) als abschließende Vergütungskomponente, fällig nach Abnahme sämtlicher abgerufener Arbeitsergebnisse durch die Stadt,

[REDACTED]

- (6) Die Beträge in diesem § 5 verstehen sich zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer, sofern die Auftragnehmerin umsatzsteuerpflichtig ist. Stellt sich zu einem späteren Zeitpunkt heraus,

dass sie nicht umsatzsteuerpflichtig ist, hat sie der Stadt die zu Unrecht ausgewiesene Umsatzsteuer zu erstatten.

- (7) Die Auftragnehmerin wird der Stadt eine Abrechnung erstellen, in der eine Aufstellung und Erläuterung der jeweils ausgeführten Tätigkeiten im Einzelnen dargelegt und die enthaltene Umsatzsteuer gesondert ausgewiesen ist. Zahlungen für erbrachte Leistungen können nur aufgrund prüffähiger Rechnungen geleistet werden, auf denen die Steuernummer anzugeben ist. Die Bankverbindung der Auftragnehmerin lautet:



- (8) Die Zahlungen sind in Form von Rechnungen anzufordern. Dabei sind die zahlungsbe gründenden Leistungsinhalte (Leistungsfortschritt) darzustellen. In den Rechnungen ist die Projektbezeichnung gemäß diesem Vertrag anzugeben. Die Rechnungen sind in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Die zweite Ausfertigung ist als "Zweitschrift" kenntlich zu machen. Die Rechnungen sind mit den Festpreisen ohne Umsatzsteuer aufzustellen. Die Umsatzsteuer ist am Schluss der Rechnung in einem Betrag gesondert hinzuzusetzen und der geforderte Rechnungsbetrag, der die Mehrwertsteuer einschließt, aufzuführen.

## **§ 6**

### **Untersuchungsmaterial, Geheimhaltung, Datenschutz**

- (1) Der Auftrag ist unter Berücksichtigung der von der Stadt bereits gesammelten Ergebnisse, Erkenntnisse und Erfahrungen auszuführen. Es muss insbesondere vermieden werden, dass im Rahmen des Auftrages Untersuchungen wiederholt und Doppelarbeiten geleistet werden, sowie Material zusammengetragen wird, das in den beteiligten Behörden der Stadt aufgrund früherer Untersuchungen und/oder Projekte bereits vorliegt. Darum werden der Auftragnehmerin die vorhandenen Unterlagen zugänglich gemacht, soweit ihre Weitergabe datenschutzrechtlich zulässig ist.
- (2) Sofern der Auftragnehmerin von Stellen der Stadt Unterlagen mit personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten überlassen werden, wird er diese ausschließlich zur Erfüllung des Auftrages verwenden. Die Auftragnehmerin wird die Daten unverzüglich löschen bzw. ihr überlassene Unterlagen mit personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten unverzüglich zurückgegeben, sobald die Kenntnis der Daten für die Erfüllung des Auftrages nicht mehr erforderlich ist.
- (3) Selbst von der Auftragnehmerin z. B. im Rahmen von Befragungen u. ä. erstellte Unterlagen mit personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten sind nicht an die Stadt auszuhändigen. Die Auftragnehmerin wird der Stadt entsprechende Ergebnisse nur in aggregierter und anonymisierter Form übermitteln. Die Auftragnehmerin wird die von ihr erstellten Unterlagen mit personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten nach Gebrauch fachgerecht vernichten. Eine darüber hinaus gehende oder abweichende Nutzung ist unzulässig.
- (4) Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, bei der Verarbeitung der personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten die Vorschriften des Hamburgischen Datenschutzgesetzes

(HmbDSG) und der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)<sup>2</sup> in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Dies betrifft insbesondere die Sicherungsmaßnahmen nach Art. 28 Abs.3 lit. c) i.V.m. Art. 32 DS-GVO. Sie unterwirft sich insoweit der Kontrolle durch den Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Ferner verpflichtet die Auftragnehmerin sich zur Bestellung eines eigenen Datenschutzbeauftragten, soweit die Voraussetzungen der Art. 37 ff. DS-GVO vorliegen.

- (5) Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, alle ihr im Zusammenhang mit dem Auftrag bekannt werdenden Informationen und Vorgänge - auch nach dessen Abschluss - geheim zu halten und nicht an Dritte weiterzugeben. Die Auftragnehmerin hat insbesondere sicherzustellen, dass Unbefugte keinen Zugriff auf die den Auftrag betreffenden Unterlagen erhalten. Die Verpflichtung zur Geheimhaltung erstreckt sich auch auf alle Beschäftigten der Auftragnehmerin. Die Auftragnehmerin hat sicherzustellen, dass sie auch bestehen bleibt, wenn das Arbeitsverhältnis zwischen ihr und einem Beschäftigten beendet wird. Die Verpflichtung gilt auch für andere Firmen und Personen, die ggf. von der Auftragnehmerin nach Zustimmung der Stadt (§ 3 Absatz 1) - herangezogen werden.

## **§ 7**

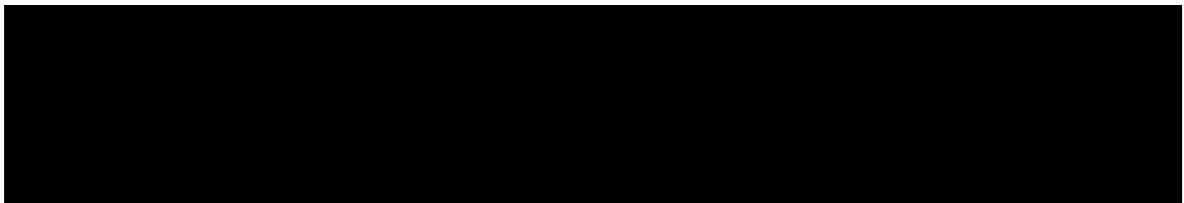
### **Herausgabeanspruch der Auftraggeberin**

- (1) Von der Auftragnehmerin zur Vertragserfüllung angefertigte oder erworbene, für das Ergebnis bedeutsame Unterlagen sind an die Stadt herauszugeben. Sie werden deren Eigentum. Bei Miete, Leasing oder Nutzungsrechten ist das Verfahren mit der Stadt vorher abzustimmen. Die der Auftragnehmerin überlassenen Unterlagen sind der Stadt spätestens nach Auftragserfüllung zurückzugeben. Zurückbehaltungsrechte, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen. Für die Überlassung dieser Unterlagen können der Stadt keine Kosten in Rechnung gestellt werden.
- (2) Dies gilt auch bei vorzeitiger Beendigung des Vertrages für die von der Auftragnehmerin erarbeiteten Teilleistungen, soweit die Stadt für diese Verwendung hat.

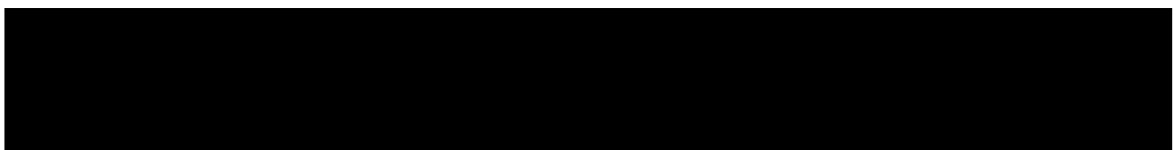
## **§ 8**

### **Zusammenarbeit**

- (1) Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, den Auftrag in ständigem Kontakt und in enger Zusammenarbeit mit der Stadt durchzuführen und diese laufend über den Fortgang der Arbeiten und über die Ergebnisse der einzelnen Untersuchungsphasen in angemessener Weise zu unterrichten.
- (2) Ansprechpartner für die Auftragnehmerin auf Seiten der Stadt sind



Ansprechpartner/in für die Stadt auf Seiten der Auftragnehmerin ist



---

<sup>2</sup> Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung).

## **§ 9**

### **Rechte und Pflichten nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz**

- (1) Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) in der jeweils gültigen Fassung. Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er von der Stadt nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister (Transparenzportal) veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- (2) Verträge, an deren Veröffentlichung ein öffentliches Interesse besteht, sollen bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 3 Abs. 2 Nr. 1 HmbTG veröffentlicht werden, ebenso wie vergleichbare Informationen von öffentlichem Interesse nach § 3 Absatz 2 HmbTG. Zudem können sie jeweils Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- (3) Im Hinblick auf § 10 Absatz 2 HmbTG vereinbaren die Parteien: Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Stadt kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Stadt nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Stadt unzumutbar ist.

- (4) Zu den Urheber- und Nutzungsrechten vereinbaren die Parteien:

1. Die Stadt kann nach § 3 Absatz 2, § 10 Absatz 3 HmbTG verpflichtet sein, Informationen von öffentlichem Interesse im Informationsregister zu veröffentlichen und jedermann unentgeltlich zu jedweder freien Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung sowohl für nicht-kommerzielle als auch kommerzielle Zwecke, zu überlassen.
2. Soweit das Werk urheberrechtlich schutzfähig ist, räumt die Auftragnehmerin der Stadt zu diesem Zweck bereits jetzt sämtliche erforderlichen Nutzungsrechte an dem zu erstellenden Werk zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkt ein. Insbesondere räumt sie der Stadt das Recht ein, das Werk zu vervielfältigen, zu verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen, unter Wahrung seiner geistigen Eigenart zu bearbeiten oder umzugestalten, ungeachtet der Verwertungszwecke. Die Auftragnehmerin gestattet der Stadt, jedermann die freie Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung sowohl für nicht-kommerzielle als auch kommerzielle Zweck im Umfang der eingeräumten Nutzungsrechte zu gestatten.
3. Die Auftragnehmerin verzichtet auf die Geltendmachung von urheberrechtlichen Abwehransprüchen gegen Dritte; hiervon nicht erfasst sind Ansprüche wegen unterlassener Anerkennung der Urheberschaft (§ 13 UrhG) und wegen gröblicher Entstellung des Werkes (§ 14 UrhG).

## **§ 10**

### **Urheberrechte/Nutzungsrechte/ Veröffentlichungen im Übrigen**

Sofern oder solange die Stadt das Werk bzw. die Ergebnisse des Auftrages nicht nach § 9 dieses Vertrages im Informationsregister veröffentlicht hat, gilt Folgendes:

1. Soweit rechtlich zulässig, überträgt die Auftragnehmerin die Eigentumsrechte für jedes urheberrechtlich geschützte oder nach sonstigem Schutzrecht schutzfähige



Arbeitsergebnis (einschließlich der Arbeits- und Berichtsunterlagen), das von ihr allein oder mit anderen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit für die Stadt erstellt worden ist, im Zeitpunkt seiner Entstehung an die Stadt. Ferner überträgt sie das ausschließliche und uneingeschränkte Nutzungs- und Verwertungsrecht an diesen Arbeitsergebnissen an die Stadt.

2. Im Rahmen des Zumutbaren verpflichtet sich die Auftragnehmerin, alles Erforderliche zu tun, um die Stadt in die Lage zu versetzen, eine Registrierung oder einen sonstigen Schutz des betreffenden Rechtes zu erwirken.
3. Die Stadt hat das Recht zu Veröffentlichungen unter Namensangabe der Auftragnehmerin. Die Auftragnehmerin darf die im Zusammenhang mit diesem Auftrag erzielten Erkenntnisse und Ergebnisse (einschließlich der Arbeits- und Berichtsunterlagen) nur mit Einwilligung der Stadt Dritten bekannt machen oder veröffentlichen; die Stadt wird die Einwilligung nur aus wichtigem Grund verweigern.
4. Auftragsdaten und -ergebnisse sowie Grafiken, Bilder, Zeichnungen, Fotos, Vorlagentexte für Internet-Darstellungen etc. sind frei von Rechten Dritter zu liefern. Alle bei der Auftragsdurchführung entstehenden Nutzungsrechte, insbesondere an durch die Auftragnehmerin entwickelten Konzepten und Ideen sowie die Rechte an sonstigen urheberrechtlich schützenden Werken und Werkteilen gehen uneingeschränkt ausschließlich, räumlich und zeitlich unbegrenzt auf die Stadt über.
5. Das Unterhalten eigener Internetseiten zu dem von ihr betreuten Auftrag ist der Auftragnehmerin nicht gestattet. Zulässig ist lediglich ein Hinweis in Form eines Links auf eine gegebenenfalls bestehende Internetseite der Stadt.
6. Die vorstehenden Absätze gelten auch, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet.

## **§ 11**

### **Kündigungsrecht der Auftraggeberin**

- (1) Die Stadt hat das Recht, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist durch schriftliche Erklärung gegenüber der Auftragnehmerin jederzeit ganz oder zu einem Teil zu kündigen.
- (2) Wird aus einem Grunde gekündigt, den die Stadt zu vertreten hat, erhält die Auftragnehmerin die Vergütung für die bis dahin erbrachten, in sich abgeschlossenen, nachgewiesenen und als vertragsgemäß anerkannten Einzelleistungen und Ersatz für die im Rahmen des Vertrages darüber hinausgehenden, notwendigen und nachweisbar entstandenen Kosten für weitere Leistungen, soweit diese nicht von der Stadt einseitig abrufbar sind.
- (3) Hat die Auftragnehmerin den Kündigungsgrund zu vertreten, sind nur die bis dahin erbrachten, in sich abgeschlossenen, nachgewiesenen und als vertragsgemäß anerkannten Einzelleistungen zu vergüten; diesen Anspruch übersteigende Teilzahlungen sind zu erstatten. Ein Schadenersatzanspruch der Stadt gegen die Auftragnehmerin wird nicht ausgeschlossen.
- (4) Unbeschadet sonstiger Kündigungsrechte ist die Stadt berechtigt, das Vertragsverhältnis aus wichtigem Grund zu kündigen.

Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor,

- bei einem Wechsel der im Angebot benannten Beschäftigten ohne Zustimmung der Stadt (§ 3 Absatz 1 dieses Vertrages),

- bei einer Weitergabe von Leistungen nach diesem Vertrag ohne Zustimmung der Stadt (§ 3 Absatz 2 dieses Vertrages).

(5) § 649 BGB kommt nicht zur Anwendung.

## **§ 12**

### **Vertragsänderungen und -ergänzungen**

- (1) Wenn die Auftragnehmerin der Auffassung ist, dass Anforderungen, die die Stadt während der Auftragserfüllung stellt, die gemeinsame iterative Auftragsentwicklung auf Grundlage des Angebots wesentlich übersteigen und zu einer signifikanten Erweiterung der Leistungsbeschreibung führen, die nicht durch die vereinbarten jeweiligen Vergütungskomponenten abgedeckt werden können, so wird die Auftragnehmerin dies unverzüglich schriftlich anzeigen und ein entsprechendes Angebot mit Vorkalkulation vorlegen. Unterlässt die Auftragnehmerin die Anzeige, steht ihr ein Anspruch auf zusätzliche Vergütung nicht zu. Mehrvergütungen für Leistungsänderungen, die die Stadt nicht zu vertreten hat, kann die Auftragnehmerin nicht geltend machen.
- (2) Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung der Schriftformklausel.

## **§ 13**

### **Haftung und Gewährleistung**

- (1) Die Auftragnehmerin übernimmt der Stadt gegenüber die Haftung und Gewähr für eine ordnungsgemäße Ausführung seiner Leistungen nach den neuesten Erkenntnissen über Organisation, Wirtschaftlichkeit und Technik. Die Untersuchungsergebnisse, Beurteilungen und fachlichen Empfehlungen müssen für den vorgesehenen Zweck brauchbar und vollständig sein.
- (2) Die Haftungs- und Gewährleistungsansprüche der Stadt verjähren in zwei Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Ablauf des Jahres, in dem das Auftragsergebnis abgenommen wurde. Für Ansprüche aus positiver Vertragsverletzung gilt diese Regelung entsprechend.
- (3) Die Ansprüche der Auftragnehmerin verjähren in zwei Jahren. Die Frist beginnt mit dem Ablauf des Jahres, in dem das letzte Auftragsergebnis abgenommen wurde.

## **§ 14**

### **Coronaklausel**

- (1) Die Vertragsparteien verständigen sich darauf, dass Leistungshindernisse, die durch konkrete Umstände im Zusammenhang mit der aktuellen Corona-Pandemie kausal verursacht worden sind, in aller Regel weiterhin als höhere Gewalt im Sinne von § 5 Ziff. 2 Abs. 1 Satz 1 VOL/B angesehen werden. Insbesondere ist die Stadt als Auftraggeberin für hoheitliche Maßnahmen nicht verantwortlich im Sinne des § 326 BGB.
- (2) Die Auftragnehmerin muss der Stadt jedes Leistungshindernis unverzüglich schriftlich anzeigen, um sich auf die hindernden Umstände berufen zu können; entsprechendes gilt für den Wegfall der hindernden Umstände. Die Auftragnehmerin muss darlegen, aufgrund welcher konkreten Umstände sie ihre Leistung nicht erbringen kann. Folgende oder gleich gelagerte Umstände werden anerkannt:

- a) Die für die Leistungserbringung erforderlichen Beschäftigten stehen unter behördlicher Quarantäne und die Auftragnehmerin findet keinen Ersatz;
  - b) die für die Leistungserbringung erforderlichen Beschäftigten der Auftragnehmerin können aufgrund von Reisebeschränkungen den Leistungsort nicht erreichen;
- (3) Bei nachholbaren Leistungen werden die Ausführungsfristen gemäß § 5 Nr. 2 Abs. 1 Satz 1 VOL/B verlängert.
- Nachholbare Leistungen sind nach dem gemeinsamen Verständnis der Vertragsparteien die Veranstaltungen (Tag der Stadtwirtschaft, Kick-off-Veranstaltung sowie Folgeveranstaltungen) inkl. der begleitenden Kommunikationsarbeit.
- (4) Bei nicht nachholbaren Leistungen sind sich die Parteien einig, den Vertrag im Rahmen des nach § 132 GWB, § 47 UVgO (bzw. § 22 VOB/A) Zulässigen anzupassen und eine Ersatzleistung und deren Vergütung zu vereinbaren:
- a) Kann der Auftragnehmer gemäß Abs. 2 darlegen, dass ihm auch die Erbringung der Ersatzleistung nicht möglich ist, darf er eine einvernehmliche Anpassung des Vertrags verlangen. Der Wert der Änderung (bzw. der Gesamtwert mehrerer Änderungen) darf aber nicht mehr als 20 % im Unterschwellenbereich (§ 47 Abs. 1 UVgO) bzw. 10 % im Oberschwellenbereich (§ 132 Abs. 3 GWB) des ursprünglichen Auftragswerts betragen und den EU-Schwellenwert nicht überschreiten.
  - b) Die Vertragsanpassung nach § 14 Absatz 4 lit. a) oder lit. b) dieses Vertrages darf den Gesamtcharakter des Auftrags nicht ändern.
- (5) Ist eine Anpassung des Vertrags nach Abs. 4 nicht möglich oder einem Teil nicht zumutbar, so kann der benachteiligte Teil vom Vertrag zurücktreten. An die Stelle des Rücktrittsrechts tritt für Dauerschuldverhältnisse das Recht zur Kündigung.
- (6) Schadensersatz- oder Entschädigungsansprüche wegen eines in den vorstehenden Absätzen geregelten Leistungshindernisses sind ausgeschlossen.

## **§ 15**

### **Ausschlusserklärung bezüglich Scientology**

Die Auftragnehmerin erklärt,

1. dass sie bzw. ihr Unternehmen nicht nach der Technologie von L. Ron Hubbard arbeitet,
2. dass weder sie noch ihre Mitarbeitenden nach der Technologie von L. Ron Hubbard geschult werden bzw. keine Kurse und/oder Seminare nach der Technologie von L. Ron Hubbard besuchen und
3. dass sie die Technologie von L. Ron Hubbard zur Führung ihres Unternehmens (zur Durchführung ihrer Seminare) ablehnt.

## **§ 16**

### **Schlussbestimmungen**

- (1) Erfüllungsort für die Leistungen der Auftragnehmerin und ausschließlicher Gerichtsstand für beide Parteien ist Hamburg.
- (2) Bedingungen der Auftragnehmerin, insbesondere allgemeine Geschäftsbedingungen, gelten nur, wenn und soweit sie von der Stadt ausdrücklich und schriftlich angenommen worden sind.

- (3) Die Abtretung einer Forderung der Auftragnehmerin aus diesem Vertrag ist nur mit Zustimmung der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg rechtswirksam. Die Auftragnehmerin hat die Abtretungsanzeige der Stadt vorzulegen. Die Finanzbehörde teilt der Auftragnehmerin und dem neuen Gläubiger oder der neuen Gläubigerin ihre Entscheidung mit.
- (4) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam oder nicht durchsetzbar sein oder werden oder sollte sich in diesem Vertrag eine unbeabsichtigte Regelungslücke herausstellen, so wird hiervon die Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder nicht durchsetzbaren Bestimmung und zur Ausfüllung von Lücken tritt die gesetzlich zulässige Bestimmung, die dem Gewollten am nächsten kommt.
- (5) Jede Vertragspartei enthält eine Ausfertigung dieses Vertrages.

**Stadt:**

Hamburg,

(Datum)

**Auftragnehmerin:**

(Ort, Datum)

Name:

Name:

Name:

### **Anlagen**

Anlage 1: Auftrags-/Leistungsbeschreibung der Stadt

Anlage 2: Angebot der Auftragnehmerin



**Freie und Hansestadt Hamburg**  
Finanzbehörde

**- Technische Leistungsbeschreibung -**

**Verhandlungsvergabe mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb**

**über die**

**Beratungsleistungen zur Umsetzung der Hamburger Stadtwirtschaftsstrategie – Organisation und Durchführung organisationsübergreifender Leuchtturmprojekte sowie eines Tages der Stadtwirtschaft**

**gem.**

**Unterschwellenvergabeordnung (UVgO)**

**Vergabenummer FB 2022001197**

Finanzbehörde Hamburg  
Hamburgweite Dienste und Organisation  
Beschaffung und Strategischer Einkauf für Hamburg  
Gänsemarkt 36  
20354 Hamburg

## Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>HINTERGRUND/AUSGANGSLAGE .....</b>	<b>3</b>
<b>2.</b>	<b>AUFTRAGSGEGENSTAND .....</b>	<b>3</b>
<b>3.</b>	<b>DETAILLIERTE ÜBERSICHT DER ZU ERBRINGENDEN LEISTUNGEN .....</b>	<b>4</b>
<b>4.</b>	<b>OFFENZULEGENDE DOKUMENTE UND INFORMATIONEN .....</b>	<b>5</b>
<b>5.</b>	<b>KONZEPTANFORDERUNGEN .....</b>	<b>6</b>

## 1. HINTERGRUND/AUSGANGSLAGE

Hamburgs öffentliche Unternehmen betreiben öffentliche Infrastrukturen, übernehmen Aufgaben der Daseinsvorsorge und erbringen Dienstleistungen in Bereichen wie z. B. Ver- und Entsorgung, ÖPNV, Kultur, Erholung, Wohnungsbau, Gesundheit, Wirtschaftsförderung – und vieles mehr. Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) hält aktuell an rund 80 Unternehmen unmittelbare Mehrheitsbeteiligungen. Diese „Hamburger Stadtwirtschaft“ – bestehend aus den öffentlichen Unternehmen und ihrer Gesellschafterin FHH – ist auf dem Weg, sich als Gemeinschaft zu etablieren. Die „Hamburger Stadtwirtschaftsstrategie“ dient hierbei als Kompass für zukünftiges Handeln und Grundlage für verstärkte Kooperation. Gemeinsame Vision ist es, die „Zukunftsstadt Hamburg“ zu gestalten – eine nachhaltige Metropole, in der allen ein gutes Leben möglich ist. Das Jahr 2023 wurde zum „Jahr der Stadtwirtschaft“ ausgerufen.

## 2. AUFTRAGSGEGENSTAND

Auftragsgegenstand ist die Unterstützung des zuständigen Projektteams in der Finanzbehörde bei der Begleitung und Umsetzung der Strategie in den Bereichen Projekt-, Stakeholder-, Veranstaltungs- und Kommunikationsmanagement.

Im Fokus liegt die Konzeption und Durchführung von Leuchtturmprojekten, die Konzeption und Organisation eines „Tages der Stadtwirtschaft“ sowie die kommunikative Begleitung auf Grundlage eines integrierten Kommunikationskonzepts. Übergreifendes Ziel ist es dabei, die Kooperation und den Austausch in der „Hamburger Stadtwirtschaft“ zu fördern und das „Wirkgefühl“ innerhalb des Konzerns FHH zu stärken. Die Auftragsgegenstände im Einzelnen werden folgend erläutert.

Zur Umsetzung der Strategie und ihrer Grundsätze („Kooperation leitet unser Handeln“) werden **organisationsübergreifende Leuchtturmprojekte** zu Fokusthemen der Stadtwirtschaftsstrategie (Personal, Mobilitätswende, Klimaschutz/Energiewende) realisiert. Teilnehmer aus öffentlichen Unternehmen sowie Fachbehörden entwickeln gemeinsam Ideen und Maßnahmen, um die (Ober-)Ziele der Strategie zusammen zu erreichen. Hierfür sollen Veranstaltungen bzw. Plattformen für die (digitale) Zusammenarbeit organisiert und zur Verfügung gestellt werden. Die Teilnehmer sollen bei der inhaltlichen Erarbeitung ihrer jeweiligen (Projekt-)Ideen und Maßnahmen begleitet und organisatorisch unterstützt werden. Ziel ist es, die Voraussetzung zu schaffen, die Ergebnisse der Leuchtturmprojekte schließlich in den Unternehmen der Stadtwirtschaft zur Anwendung zu bringen. Darüber hinaus soll durch entsprechende Vermittlung von Methodik eine Befähigung geschaffen werden, zukünftige Leuchtturmprojekte eigenständig durchzuführen und somit die Umsetzung der Stadtwirtschaftsstrategie voranzutreiben.

Mit dem „**Tag der Stadtwirtschaft**“ wird eine Plattform bzw. Veranstaltung(sreihe) für die öffentlichen Unternehmen etabliert, über die sie ihre Leistungen, Projekte und Karrieremöglichkeiten vorstellen und mit der Öffentlichkeit in den Dialog treten können. Dieser *Tag der offenen Tür* soll regelhaft stattfinden und einen Beitrag dazu leisten, die Bedeutung der öffentlichen Unternehmen für die Stadt, die Daseinsvorsorge und das Gemeinwohl bekannter zu machen. Hierfür soll ein auch auf die Folgejahre übertragbares Konzept entwickelt und die Umsetzung des ersten Stadtwirtschaftstages inhaltlich, kommunikativ und organisatorisch unterstützt werden.

Diese Aktivitäten der Hamburger Stadtwirtschaft (Organisation und Durchführung der Leuchtturmprojekte sowie des Tages der Stadtwirtschaft) sollen im Rahmen des für 2023 ausgerufenen „Jahres der Stadtwirtschaft“ mithilfe eines integrierten **Kommunikationskonzeptes** an externe und interne Stakeholder transportiert werden, um z. B. zur Teilnahme an den Leuchtturmprojekten zu informieren und motivieren, die Stadtgesellschaft zum Besuch des Tages der Stadtwirtschaft zu motivieren, den Austausch zwischen den Beschäftigten der öffentlichen Unternehmen zu fördern sowie möglichen Veranstaltungsformaten der öffentlichen Unternehmen durch geeignete Instrumente eine übergreifende kommunikative Klammer zu verleihen. Besondere Schwerpunkte sollen die mediale Begleitung des Tags der Stadtwirtschaft sowie die digitale Öffentlichkeitsarbeit hierzu am Tag der Daseinsvorsorge sein.

Die Kommunikationsstrategie soll auch an bereits durchgeführte sowie laufende Aktivitäten im Rahmen der Strategieentwicklung (z. B. Soundingboard der öffentlichen Unternehmen, digitales Barcamp, Netzwerke) bestmöglich angeknüpft sowie bestehende Kommunikationskanäle (z. B. interne Mailverteiler, Homepage der Hamburger Stadtwirtschaft) genutzt sowie ggf. neue Kanäle etabliert werden. Dabei ist das bei der Finanzbehörde in Gründung befindliche „Forum der Stadtwirtschaft“ zu bedenken.

Zusätzlicher Auftragsgegenstand ist die Unterstützung des Auftraggebers beim Projektmanagement bei der Organisation und Durchführung der genannten Aktivitäten.

### **3. DETAILLIERTE ÜBERSICHT DER ZU ERBRINGENDEN LEISTUNGEN**

Der Anbieter erbringt folgende Leistungen in enger Abstimmung mit der Auftraggeberin und ggf. weiteren Stakeholdern:

- **Übernahme von Aufgaben des Projekt-, Kommunikations-, Veranstaltungs- und Stakeholdermanagements in folgenden Bereichen:**

- 1) **Leuchtturmprojekte:** Organisationsübergreifende Kooperation zur Umsetzung der Strategie (Personal, Mobilitätswende, Klimaschutz/Energiewende)

Aufgaben:

- Konzeptentwicklung (inkl. Zeitplan) für die Leuchtturmprojekte
- Planung, Vorbereitung und Durchführung von 3 (digitalen, ggf. analogen) Kick-Off-Veranstaltungen sowie 12 Folgeveranstaltungen mit Teilnehmern aus öffentlichen Unternehmen, Verwaltung sowie ggf. weiteren Stakeholdern



- Vermittlung der Befähigung zur Durchführung zukünftiger Leuchtturmprojekte

**2) Tag der Stadtwirtschaft:** Präsentations- und Dialogplattform für öffentliche Unternehmen und Stadtgesellschaft

Aufgaben:

- Konzeptentwicklung für einen jährlich stattfindenden „Tag der offenen Tür“ der Stadtwirtschaft
- Planung, Vorbereitung und Unterstützung bei der Durchführung der ersten Veranstaltungsreihe

**3) Begleitende Agentur- und Kommunikationsleistungen**

Aufgaben:

- Konzeption eines integrierten Kommunikationskonzepts (z. B. auf Website, Social Media, Projektnewsletter, Öffentlichkeitsarbeit) für die Aktivitäten der Stadtwirtschaft (Leuchtturmprojekte, Tag der Stadtwirtschaft) im Rahmen des für 2023 ausgerufenen „Jahres der Stadtwirtschaft“ und Unterstützung des Projektes bei der Umsetzung
- Mediale Begleitung insbesondere des Tags der Stadtwirtschaft und digitale Öffentlichkeitsarbeit hierzu am Tag der Daseinsvorsorge
- Projektmanagement für die Bereiche Leuchtturmprojekte und Tag der Stadtwirtschaft in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber
- Dokumentation und Auswertung der Veranstaltungen (Leuchtturmprojekte, Tag der Stadtwirtschaft, Kommunikationskonzept)

## **4. OFFENZULEGENDE DOKUMENTE UND INFORMATIONEN**

Der Auftraggeber legt zum besseren Verständnis sowie Transparenz folgende Dokumente offen:

- das Strategiepapier („Hamburger Stadtwirtschaftsstrategie“),
- die bereits finalisierten Skizzen der Leuchtturmprojekte (Personal / „Arbeit der Zukunft“)

Zudem wird offengelegt, dass die zukunft zwei GmbH als Dienstleister im Rahmen eines Subunternehmervertrags bei der Erstellung der Stadtwirtschaftsstrategie beteiligt war und insbesondere die Organisation, Durchführung und Dokumentation der Beteiligungs- und Kommunikationsprozesse (z. B. Barcamp, Visions-Workshops, Soundingboard) verantwortet hat. In diesem Zuge wird auch

- die Übersicht der Partizipations- und Kommunikationsformate im Rahmen der Erstellung der Stadtwirtschaftsstrategie der zukunft zwei GmbH

der zukunft zwei GmbH offengelegt.

Zeitgleich zur Durchführung der oben beschriebenen Aufgaben werden weitere Prozesse zur Strategieumsetzung durch die Grundsatz- und Querschnittsabteilung der Beteiligungsverwaltung der Finanzbehörde angestoßen. Diese können relevante Veränderungen mit Blick auf die „Hamburger Stadtwirtschaft“ auslösen, da z. B. Aufgaben der Beteiligungsmanager:innen in den Fachbehörden durch neue Vorgaben erweitert werden.

## **5. KONZEPTANFORDERUNGEN**

Im Grobkonzept hat der Bieter erste Vorschläge und Ansätze zur Auftragserledigung vorzulegen und darzustellen, mit welchen Instrumenten und Methoden er die geforderten Leistungen erbringen will. Die zu erbringenden Leistungen sind in Kapitel 1-3 der Leistungsbeschreibung dargestellt.

1. Leuchtturmprojekte
2. Tag der Stadtwirtschaft
3. Integriertes Kommunikationskonzept

Das Grobkonzept soll auch einen Zeitplan für die 15 Monate enthalten.

Das Grobkonzept inkl. Teilnahmeaufruf sollte maximal 15 DIN-A4 Seiten umfassen (exkl. Deckblatt, Gliederung, Zeitplan, etc.). Die Schriftgröße entspricht 11 Punkte (Schriftart: Arial), Zeilenabstand mind. 1,15 Punkte.